

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt C 4300 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-  
bezugsspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Rückblick auf das Jahr 1915. (I) — Teuerungszulage der städt. Arbeiter in Augsburg. — Gemeindeverwaltung und Tarifvertrag in Jsmenau. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus den Gemeinden. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Notizen für Gasarbeiter. — Salinarbeiter. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

## Rückblick auf das Jahr 1915.

### 1. Allgemeines.

Micham nur zwingen wir die Gedanken rückwärts. Alle kleinen und großen Vorkommnisse des verflohenen Jahres erscheinen uns nichtig gegenüber der einen, alles bewingenden Frage: Wann kommt der Friede?

Und doch wollen und sollen wir uns Rechenschaft geben von den wichtigsten Zeitergebnissen des Jahres 1915, soweit die Lage der Arbeiterschaft davon berührt wird. 12 weitere Monate Krieg! Damit ist eigentlich alles gekennzeichnet, was sich in den Rahmen unseres Rückblicks einspannen läßt. Denn all unser Denken und Handeln wurde im wesentlichen bestimmt durch diesen Weltkrieg. Darum müßten wir unsere Ausführungen vom vorigen Jahre wörtlich wiederholen, wollten wir unseren Standpunkt zum großen Völkerkonflikt und seinen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen hier kennzeichnen.

Manchem mag es freilich erscheinen, als sei die militärische Lage nach Jahresfrist denn doch wesentlich geklärt. Nimmt man den rein äußerlichen Verlauf der Vorgänge auf den Weltkriegsschauplätzen, so trifft das auch zu. Mitte Februar 1915 wurde Ostpreußen von den Russen befreit, die 10. russische Armee fast völlig vernichtet. Deutsche kämpften siegreich mit den verbündeten Oesterreichern in den eisigen Höhen der Karpaten. An der Westfront aber scheiterte Mitte Februar und Anfang April die blutige Offensive der Franzosen. Anfang Mai begann dann der große Durchbruch am Dunajec, die 3. und 8. russische Armee wurden zertrümmert, fast ganz Galizien nebst Lemberg befreit und im Hastempo wurden die Russen durch Polen gejagt. Zwar hatte am 23. Mai 1915 Italien sich auf die Seite des Dreiverbandes gestellt und dadurch einen Verrat am Dreibund begangen, der in der Völkergeschichte auch bei ruhigerer Betrachtung wohl wenig Entschuldigung finden wird. Aber das hat — bis auf den heutigen Tag — kein sichtbares Ergebnis auf den Siegeslauf der Deutschen und Oesterreicher auszuüben vermocht. Anfang August 1915 fielen die polnisch-russischen Festungen Warschau und Zwangorod, später Nowo und Nowo-Georgiewsk. Ganz Kurland bis vor Riga sowie Polen und Rußland von Dünaburg über Pinsk bis Lutzk in Wolhynien sind seit Monaten in deutsch-oesterreichischen Händen. Zwei vergebliche „Offensiven“ im Westen und vier starke vieltaugelange Aufstürme an der italienischen Front vermochten die Mauer von Stahl und menschlichem Willen nicht zu durchbrechen. Am 6. Oktober

begann das Heer Madensens mit der Offensive gegen Serbien und in Verbindung mit den sich anschließenden Bulgaren (11. Oktober) wurde in kaum zwei Monaten ganz Serbien erobert und das serbische Heer vernichtet und gefangen. Die Dardanellenaktion der Engländer und Franzosen erwies sich als kostspieliges Zwischenspiel ohne Erfolg, dank der türkischen Verteidigung. Man rechnet, daß die Zentralmächte zurzeit 420 000 Quadratkilometer fremden Landes besetzt halten. Das ist fast so viel als Deutschland besitzt!

Und doch ist noch keine Entscheidung gefallen! Dieser Weltkrieg läßt eben alle früheren Maßstäbe versinken. Weder Rußland noch Frankreich oder gar England sind „Kriegsmüde“, soweit die entscheidenden Faktoren in Frage kommen.

Das fehlende Echo auf die Friedensörterungen im Deutschen Reichstag vom 9. Dezember 1915 läßt es als unzweifelhaft erkennen, daß die „Entente“ sowohl auf die Auszehrung Deutschlands weiter hofft als auch entschlossen ist, den „deutschen Militarismus“ zu zerschmettern, was zu deutsch Deutschlands Heere besiegen heißt.

So ist weder die Sicherung Deutschlands gewährleistet noch kann man — wenn Worte Sinn behalten sollen — leugnen, daß wir uns in der Verteidigung befinden, was übrigens unsere tapferen Soldaten in allen Schützengräben der West- und Ostfront bestätigen werden, denn sobald sie etwa bis zur deutschen Grenze zurückweichen müßten, würden unfehlbar die Gegner unaufhaltsam nachdrängen und gewiß nicht eher Halt machen, bis ihnen erneut Halt durch unsere Waffen geboten würde — wie jetzt auch!

Darum erscheint uns auch die Abstimmung der zwanzig Sozialdemokraten gegen die Kriegskredite als im Widerspruch stehend mit unserem bisher anerkannten Prinzip der Verteidigung des Vaterlandes. Aber — und das wiegt bei weitem schlimmer — es ist auch ein Disziplinbruch, der die ernstesten Folgen für Partei und Gewerkschaften haben kann.

Der 21. Dezember — wir sehen ihn als den schwärzesten Tag des verflohenen Jahres an, und vieles, was in jahrelanger, mühevoller Organisationsarbeit aufgebaut wurde, ist mindestens arg gefährdet. Wer die Erklärung der Münderbeit in Ruhe auf sich wirken läßt, wird wenig Unterschiedliches von der der Mehrheit finden. Am meisten dürften gerade die Anhänger der Münderbeit enttäuscht sein, denn auch hier ward kein Weg gefunden, der uns den Frieden bringt, und darauf allein kommt es jetzt an. Was aber darüber ist, nämlich die Gefahr einer Abspaltung in der deutschen Arbeiterschaft, ist in gegenwärtiger Zeit so verhängnisvoll, daß man es geradezu als frivol bezeichnen muß, wenn einzelne (angeblich tausende!) um Nichte diese Zerfplitterung „herbeiwünschen“. Daß der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ in dieser schweren Zeit so völlig versagen, bleibt ein trübes Kapitel, mögen die Dinge ausgehen, wie sie wollen.

Wir haben bislang mit Stolz den ins Feld gezogenen Kameraden sagen können: „Seht, die Dahingeblichenen standen nicht müßig hinter der Front. Sie haben sich nach besten Kräften bemüht, die Organisationen aufrechtzuerhalten. Wenn Ihr zurückkehrt, werdet Ihr unverletzt die stärkste, die einzige Waffe der Arbeiterschaft wiederfinden: Eure Organisationen.“

Soll das nun anders werden im neuen Jahr? Wir können und wollen es nicht glauben.

Wir haben in dieser Zeit der Wirrnisse Verständnis für manche fast ungläublichen Vorgänge im Ausland gefunden. Wir waren und sind stolz darauf, daß den mehr als sonderbaren Erscheinungen in der französischen und englischen Arbeiterbewegung in Deutschland nichts von Belang an die Seite gestellt werden kann. Dafür haben wir die unverantwortlichen Auslassungen in der „Berner Tagwacht“ usw. aus Deutschland, die Minierungsarbeiten einzelner Anhänger der Minderheit und manches andere Unersreuliche, das zwar im Aussehen entgegengekehrt erscheint, in der Wirkung aber ebenso nachdrücklich schädigend für die Arbeiterinternationale ist, wie jene Auslandskampagne der Syndikat, Hervé und Rusjofini.

Es hieß aber am geündeten Sinn der Arbeiterschaft zweifeln, wollte man annehmen, daß eine tieferereifende Evolution im Organisationskörper der deutschen Arbeiter sich vollzieht.

Wir brauchen bei Friedensschluß alle Kräfte, um den ungewohnten Anforderungen der nachfolgenden schweren Zeiten gewachsen zu sein.

Eine Welt liegt unter den Trümmern dieses Kriegsjahres begraben. Eine neue Welt erhebt uns nach dem Striege, die erhöhte Strafanstimmung der Arbeiterklasse fordert. Als Stompas und Nichtstuner verbleiben unsere Organisationen.

Ihrem Bestand, ihrer Einheit, ihrer Entwicklung gelten unsere Neujahrswünsche!

### Teuerungszulage der städtischen Arbeiter in Augsburg.

Die vor uns gewünschte Teuerungszulage, ihre Erweiterung und ihre Erhöhung ist leider trotz der berechtigten Gründe abgelehnt worden. Nur eine Kleinigkeit wurde genehmigt. Dabei aber wurde seitens des Referenten ein ganz interessantes Material zutage gefördert. Es sind mehr Arbeiter, die von der vor aller Welt geköpften Teuerungszulage ausgeschlossen sind, als unererseits angenommen worden ist. Dennoch sind unsere Anträge vom 12. November abgelehnt worden. Trotz der kleinen Aufbesserung im Juli v. J. sind die Löhne weit hinter der Notwendigkeit zurückgeblieben; sie reichen schon in den Zeiten normaler Preislage nicht aus. Im großen Ganzen konnten die in unserer Eingabe angeführten Gründe bei alledem seitens des Referenten nicht entkräftet werden. Wir stellen unsere Anträge und die beschlossenen Sätze nebeneinander:

Stufe	Jetzt beschlossene Zulage				Vom Verband verlangte					
	Lohngrenze	Hinderzahl	Höhe der Zulage		Hinderzahl	Höhe der Zulage				
	Arbeiter pro Woche	bed. Minderz. pro Monat	pro Tag	pro Woche	pro Monat	pro Tag	pro Woche	pro Monat		
I	22,—	—	led.	0,20	1,20	4,90	led.	0,30	1,80	7,20
II	25,—	108,50	ohne	0,20	1,20	4,90	ohne	0,40	2,40	9,60
III	28,—	121,50	1	0,30	1,80	7,20	1	0,40	2,40	9,60
IV	30,—	130,—	2	0,40	2,40	9,60	2	0,40	2,40	9,60

Wir haben nun hier nur die ersten vier Stufen gegenübergestellt, weil die gewünschte Änderung nur in diesen Stufen zu erblicken ist. Diese Stufen steigen auf 8, wobei für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Pf. mehr pro Tag bis zur Höchstzifferzahl von 8 und zum Höchstbetrage von 1,— Mf. pro Tag gewährt werden kann. Die beiden Anträge zeigen aber auch, daß sie ziemlich weit voneinander entfernt sind. Der Antrag des Verbandes verlangt, daß alle Arbeiter bis zu einem Einkommen von 2000,— Mf. die Teuerungszulage erhalten können, und zwar wie oben ersichtlich, Ledige 30 Pf. usw. Auch für die Arbeiterinnen wurde eine tägliche Zulage von 20 Pf. verlangt, sofern sie ein jährliches Einkommen unter 1200 Mf. be-

ziehen. Arbeiterinnen, die die Haupterbin der Familie darstellen, werden den Arbeitern gleichgestellt. Zunächst wurde der Referent, die vom Kriegsfürsorgeamt aufgestellte Höchstgrenze betrage 2184 Mf. Jahreseinkommen. Das ist genügend und an sich schon mehr, als verbandsseitig gefordert wurde. Ein Bedürfnis zu einer Änderung bestehe also durchaus nicht. Genügt, soviel man die vorstehenden Zahlen gegenüberstellt, muß man auf den ersten Blick dem Referenten Recht geben. Anders aber wird es, wenn man die vom Kriegsfürsorgeamt aufgestellte Höchstlohngrenze betrachtet. Vor allem wird bei diesem Höchstlohn das Einkommen der Frau bis zur Hälfte auf das Einkommen des Mannes angerechnet. Ferner ist dies nicht die alleinige Höchstlohnengrenze, sondern wiederum abgeteilt nach der Kinderzahl. So zum Beispiel ist die Höchstlohnengrenze des wöchentlichen Verdienstes für einen ledigen Arbeiter wieder auf 20,— Mf. festgesetzt gewesen, welches den jährlichen Betrag von 1040,— Mf. darstellt. Wer über diesen Betrag verdiente, der würde von der Teuerungszulage ausgeschlossen. Verheiratete Arbeiter ohne Kinder konnten die Teuerungszulage nicht erhalten, sobald das Jahreseinkommen von 1900,— Mf. überschritten wurde. Dabei darf nicht vergessen werden, daß in diesem Falle, falls die Frau miterbend, der Verdienst der Frau mit zur Hälfte zum Einkommen gerechnet wird. Auf diese Weise sind insgesamt nach den Angaben des Referenten 65 vollständig ausgeschlossen, während 82 die Teuerungszulage erhalten können. So läßt es mit der beschriebenen Höchstlohnengrenze des Kriegsfürsorgeamtes aus. Traulicherweise wird das Bild bei den ledigen Arbeitern. Von diesen können nur 11 Arbeiter die Zulage erhalten, während 42 nichts erhalten. Außerdem übersteigen noch nachstehende Arbeiter die beschriebene Höchstlohnengrenze: 26 Arbeiter mit 1 Kind; 21 Arbeiter mit 2 Kindern; 5 Arbeiter mit 3 Kindern; 2 Arbeiter mit 4 Kindern und 1 Arbeiter mit 6 Kindern. Das sind insgesamt 102 Arbeiter, die von der Teuerungszulage vollständig ausgeschlossen sind, während insgesamt 34 Arbeiter eine Erweiterung der Zulage erhalten sollten.

Damit den städtischen Arbeitern das neue Abschneiden Paragrafen erspart wird, hat man das Kriegs- und Kriegsfürsorgeamt mobil gemacht. Es mußte einen Gegenvertrag einbringen, der auch Annahme fand. Dort werden den ledigen Arbeitern und Verheirateten ohne Kinder täglich 5 Pf. zugezahlt, und damit auch in der Erweiterung etwas geschieht, wurde die Höchstlohnengrenze der ledigen Arbeiter von wöchentlich 20 auf 22 Mf. erhöht. Wie viel Arbeiter nun durch diese Erweiterung die Teuerungszulage neu erhalten können, wurde nicht gesagt. Man schlug sich im Referat sehr hartnäckig aus. Man berechnete die Kosten auf monatlich 250 Mf. mehr als bei den früheren Sätzen. Ein Nachborempfahl unterwirft ergibt dabei folgendes Resultat: 11 ledige Arbeiter pro Woche 4,90 Mf.; 52 verheiratete Arbeiter ohne Kinder 21,90 Mf. oder zusammen pro Woche 27,90 Mf. oder pro Monat 120,90 Mf. Resultat also ein Betrag von rund 130,— Mf., der im Monat für die Erweiterung der Teuerungszulage zur Verfügung steht. Unter Zugrundelegung der täglich 20 Pf. ergibt dies, daß 25 Arbeiter mehr diese Zulage erhalten können. Alle übrigen Arbeiter sind also wiederum übergangen worden. Und es sind dies zum großen Teil nicht die Arbeiter mit den höheren Löhnen, sondern Leute, die bei den niedrigen Löhnen ihren Anteil zu suchen haben. Nach dem eigenen Verständnis des Referenten sind es nur drei besser entlohnte Arbeiter, die von der Erhöhung der Teuerungszulage ausgeschlossen sind. Auch die Zahl der mit Kindern versehenen städtischen Arbeiter, die wegen Überschreitung der Höchstlohnengrenze des Lohnes unberücksichtigt bleiben, reicht nur auf 55 heran, während die Zahl der leer ausgegangenen wieder entlohnten Arbeiter im ganzen 107 beträgt. Daraus ergibt sich von selbst, daß wiederum jene Arbeiter, die der Hilfe am bedürftigsten sind, von jeder Mehrerhöhung während dieser schweren und ernten Zeit ausgeschlossen sind.

Die städtischen Arbeiter nahmen zu der Angelegenheit in einer geschäftlichen Versammlung am 19. Dezember Stellung, in der übereinstimmend das Bedauern ausgesprochen wurde, daß das Kriegsfürsorgeamt, ohne die vom Stadtmagistrat eingesetzte Kommission mit einem Wort zu hören, eine Neubeschreibung eingebracht hat. Wird die Kommission bei dergleichen Anlässen nicht gehört, dann ist ihre Heberstimmigkeit bezeugt. Getragt hat sie an sich nur ein einziges Mal, und da wurden die Vertreter vor fertige Tatsachen gestellt. Sollte dies so weiter gehen, dann müßten die Arbeiter dankend ablehnen, ein Mitglied eines wirklichen Reformationsrates zu sein.

Den Arbeitern selbst aber kann nur mit genügender Deutlichkeit aus Dera gesagt werden, wie notwendig gerade in dieser Zeit ihre Organisation ist. Sind sie stark vertreten im Verband, dann macht es ihren Einfluß in den städtischen Gremien. Je härter und einschneidender sie sind, um so eher wird es den Anstoß geben zum neuerlichen Vorgehen.

## Gemeindeverwaltung und Tarifvertrag in Ilmenau.

Im Jahre 1913 wurde mit der Gemeindeverwaltung Ilmenau von unserem Verband ein Tarifvertrag für die Arbeiter des Stadt-Kamrates abgeschlossen. Zur Zeit des Tarifabschlusses hatten die sozialdemokratischen Vertreter die Mehrheit im Gemeinderat, und danach richtete auch der Bürgermeister seine Stellungnahme zu den beiderseitigen. Als aber bei den nächsten Wahlen die bürgerlichen Vertreter wieder die Mehrheit gewannen, welche auch in Arbeiterkreisen wieder ein anderer Wind. Der abgeschlossene Tarifvertrag war den Herren schon immer ein Dorn im Auge. Der Ausbruch des Krieges schenkte ihnen die günstige Gelegenheit, den Tarifvertrag aufzuheben. So nahmen wir uns schon im November vorigen Jahres beschwerdeführend an den Gemeinderat wenden. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 12 1915). Der Gemeinderat beschloß damals, daß der Tarifvertrag wieder in Kraft zu setzen sei. Dem Landesrat wurde hierbei recht deutlich gesagt, wie der Vorschlag über die Vertragsreue laute. Diese Angelegenheit mag jedoch nicht gerade angenehm gewesen sein.

Der Tarifvertrag war auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen, er lief also mit Ende dieses Jahres ab. Er enthält jedoch die Bestimmung, daß er sich stets um ein weiteres Jahr verlängere, wenn er nicht von einem Teile ein Vierteljahr vorher gekündigt werde. Wir haben rechtzeitig zu der Sache Stellung genommen, auch um Schwierigkeiten zu vermeiden, richteten wir bereits im Juni an den Gemeinderat den Antrag, die Vertragsdauer um ein weiteres Jahr zu verlängern. Wir begründeten dies mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen, und daß es einem guten Teile der Arbeiter gar nicht möglich sei, ihre Meinung und Wünsche zur Sprache zu bringen, weil sie im Felde stünden. Auf dieses Schreiben haben wir überhaupt keine Antwort erhalten. Dafür aber stellte uns der Bürgermeister im September in aller Form die Kündigung des Tarifvertrages zu, welche der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13. August beschlossen habe. Interessant dürfte es sein, hier einige der Ausführungen der bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder zu dieser Frage anzuführen. So meinte der Herr Holland, daß gerade solche Verträge dazu anhalten wären, Fesseln anzulegen, obwohl doch gerade von gewisser (?) Seite immer vom Freimachen der Menschen gesprochen werde. Ilmenau bestünde schon lange und beständige aus schon lange Arbeiter, warum solle da der Stadtkamrat ohne Verhandlung und ohne Vertrag auskommen? Damit möchte der gute Mann etwas zu viel ausgeplaudert haben, denn ein anderer versuchte wieder einzulassen, indem er meinte, in dem bestehenden Vertrag seien bestimmte Säulen, die ausgemerzt werden müßten, nur deshalb sei die Kündigung erfolgt. Sofort nach Zuhaltung der Kündigung haben wir zu der neuen Lage Stellung genommen. Gestützt auf die Bestimmung im bestehenden Tarif, daß nach erfolgter Kündigung sofort Verhandlungen angebahnt werden müssen, die den Abschluß eines neuen Vertrages zur Grundlage haben, reichten wir einen Entwurf zu

einem neuen Vertrag ein. Aus den Verhandlungen im Gemeinderat über die Kündigung des alten Vertrages wußten wir, daß große Geneigtheit zu einem neuen Vertrag nicht bestand. Um nun die Tarifarbeiter in ihrer ablehnenden Haltung nicht noch zu bestärken, haben wir Abtard genommen, in unserem Vertragsentwurf neue Forderungen zu stellen. Nur 2 Pf. Lohnverhöhung wurde beantragt. Alle übrigen Bestimmungen schienen sich an den alten Vertrag an.

Obwohl fast jede dringende Verbesserung bedürftig war, verzichteten wir doch, um den Abschluß eines neuen Vertrages nicht zu gefährden. Doch unglücklich. In dünnen Worten teilte uns im Dezember der Bürgermeister mit, daß der Gemeinderat beschlossen habe, einen neuen Tarif nicht wieder abzuschließen! Und die Gründe? Nach den Ausführungen des Beiratspräsidenten für den Vorschlag soll nur vorläufig kein neuer Vertrag abgeschlossen werden, da „nur sechs Arbeiter“ in Frage kamen. Gemeinderatsmitglied Stud war schon deutlicher, er sagte, daß nie wieder ein Vertrag abgeschlossen werden solle, davon sei keine Rede. Man wolle nur auf eine günstige Gelegenheit warten. Allerdings mit einem „Fremden“ solle kein Vertrag wieder abgeschlossen werden! Was ginge die Gemeindeverwaltung Ilmenau die Einstellung des Gemeindef- und Staatsarbeiterverbandes an? Jetzt war es heraus! Unsere Genossen Kälbers und Hornede antworteten den Herren in gebührender Weise. Es müßte aber alles nichts, die Kündigung wurde beschlossen.

Dieser Vorgang ist bezeichnend. Unter den wichtigsten Ausreden sucht man sich um die Kernfrage herumzudrücken. Die Organisation ist eben den Herren ein Dorn im Auge, ihr Einfluß muß geschwächt werden, deshalb will man mit ihr keinen Vertrag wieder abschließen. Wenn man auch diesen Vorgang nicht verallgemeinern soll, so gibt er aber doch ein kleines Beispiel dafür, was uns nach dem Kriege bevorsteht. Das sollten sich alle die städtischen Arbeiter gesagt sein lassen, die da glauben, daß ihnen nach dem Kriege alles auf dem Präsentierteller entgegengebracht wird. Wollen wir nach dem Kriege die unbedingt notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Durchführung bringen, so bedürfen wir einer starken Organisation. Auch unsere Ilmenauer Kollegen sollten das bedenken und danach handeln. Aber über den sozialen Rahmen hinaus haben die Vorgänge symptomatische

Bedeutung für unsere Kollegen in ganz Deutschland. Niemand darf glauben, daß nach dem Kriege etwas anderes denn reale Wirtschaftsfaktoren wirtschaftliche Wirkungen ausüben.

Wir haben schon jetzt, während des Krieges, unser Augenmerk darauf zu richten, daß unsere Organisation stark und unerschütterlich bleibt! Für jeden Eingezogenen muß Ersatz geschaffen werden, damit unser Verband in der Lage bleibt, bei Friedensschluß kräftig einzusetzen.

Geschlossenheit und Einigkeit im Organisationskörper gewährleistet uns, daß wir allen Schwierigkeiten die Spitze bieten.

## Dem neuen Jahre.

**I**hr Klingt nur gedämpft die Stimmen  
Der Wünsche, die die Heimat schuf;  
Biel lauter tönt aus dieser grimmigen  
Junijahresnacht des Krieges Ruf.

**Der Ruf des Stahles und des Eisens  
Hält dir in kühnem Beacht;  
Sieg! Millionen Lippen preisen's  
Von Macht zu Macht, von Heer zu Heer.**

**Aus Schünenaräben, kernbeschienen,  
Aus Sumpf und Wäldern, tieferschnitt,  
Aus Trümmerhäusern und Ruinen  
Tröhnt der gewaltige Ruf der Zeit.**

**Er klist aus blutbespritzten Tagen  
Und saucht aus Mörsern heiß und schwer,  
Er stammt empor auf allen Wegen  
Von Flandern bis zum roten Meer.**

**Da tönt unhörbar laut die Weise,  
Die dich aus allen Ländern grüßt,  
Ein Wunsch, der von den Lippen leise,  
Und hart doch aus den Herzen fließt:**

**Tah, der zur Stunde noch verborgen  
Im ungewissen Nebel liegt,  
Tah du ihn bringst, den Friedensmorgen,  
Der strahlend Nacht und Tod besiegt.**

**Tah du in aller Welt erwecken  
Die Freude wirt und Zuversicht,  
Und wieder sich die Arme strecken  
Voll harter Hoffnung in das Licht.**

**Tah nach dem grimmigen Spiel der Waffen  
Die Arbeit wieder spricht: Voran!  
Tah wir wie einst gemeinsam schaffen  
In alter Treue, Mann für Mann!**

**Vernichtung ist des Krieges Stärke,  
In den Ruinen wohnt das Graun.  
Uns treibt's, am großen Zukunftswerke  
Vereint und froh wie einst zu baun.**

**Und lodert noch aus dieser grimmigen  
Junijahresnacht der Schlachten Ruf;  
Auf wallen auch zu dir die Stimmen  
Der Wünsche, die die Heimat schuf. Pan.**

## Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 3. Januar 1916.

Die zwei letzten Wochen des verflohenen Jahres brachten keine besonderen militärischen Ereignisse auf den zahlreichen Kriegsschauplätzen. Es scheint fast, als habe das Weihnachtsfest doch eine mildernde Wirkung ausgeübt. Nur in den Bogenen am Hartmannswerkkopf und in Bessarabien an der Strypa fanden heftige Teilkämpfe statt. An letzterer Front türmten immer neue russische Massen vor, ohne die Armeen des Grafen Potjomer und Pöhm-Ermolli irgendwie zu erschüttern. Offenkundig handelt es sich für Rußland um die Einschüchterung Rumäniens, das läutern auf Bessarabien blickt und in seinen Kammerdebatten nicht weiß, ob der „Zeitpunkt des Eingreifens“ schon verpaßt oder noch nicht gekommen ist. Unterdessen haben die Engländer und Franzosen Saloniki stark befestigt. Bereits sind die Kommande der Zentralmächte völkerrechtswidrig nach Frankreich abgeschleppt und Griechenland hat einen neuen eindrucklosen Protest an England gerichtet. Die amtlich veröffentlichten von einem österreichischen Untersee-Vorpostenbatterien Briefe der englischen Gesandten in Griechenland beweisen die Verachtung, die man Griechenland und den kleinen Staaten gegenüber in England an den Tag legt. Sie sind überaus lehrreich nachzulesen und interessante „Kriegsdokumente“. Offenbar kann sich bei alledem Griechenland nicht recht entscheiden, den Zentralmächten den Einmarsch ihrer Truppen gegen Saloniki zu gestatten. Bald wird hier eine Entscheidung fallen und die Armeen Mackensens werden wohl gegen die englisch-französische Expedition in Saloniki losgehen. — Die „Ancona“-Angelegenheit hat sich nun doch noch gütlich geregelt, dank der Nachgiebigkeit Österreichs gegen Amerika. Es scheint aber ein neuer Konflikt mit der „Perla“ (7000 Tonnen) aufzutreten, die im Mitteländischen Meer torpediert wurde und angeblich drei Amerikaner an Bord hatte. Wenn der Krieg noch lange dauert, werden Engländer und Franzosen gut tun, auf jedem Handelschiff einen „Sicherheits“-Amerikaner an Bord zu nehmen! — Die Vorgänge im Deutschen Reichstag sind bereits an leitender Stelle gemeldet. Sie brachten freilich keine Aenderung in Bezug auf die Friedensfrage. Sie liegt heute im grauen Nebel und wie alle, vom Generalstabeschef bis zum letzten Rekruten, vom Reichskanzler bis zum Verbannpolitiker fahren mit der Stange darn herum, ohne Halt und Wissen! Kein guter Ausblick ins neue Jahr, aber es gilt der Wahrheit mutig ins Angesicht zu schauen! — Nachfolgend die wöchentlichen Einzelvorgänge der letzten zwei Wochen:

**19. 21. Dezember.** Deutscher Reichstag bewilligt gegen 20 Stimmen am 21. Dezember weitere 10 Milliarden Kriegskredite. — **22. 25. Dezember.** Heftige Kämpfe um den Hartmannswerkkopf-Bogen. — Vergebliche russische Angriffe an der Bessarabischen Front. — **26. Dezember.** Die Senussi Araber haben an der afrikanischen Mäute die Engländer bei Solum und Matruh geschlagen. Sie wenden sich gegen Haapt. — **27. 28. Dezember.** Starke russische Angriffe an der Bessarabischen Front brechen blutig zusammen. — **29. 30. Dezember.** Russische Angriffe an der Strypa werden blutig abgewiesen. 1200 Gef. — Französisches Unterseeboot wurde durch österreichischen Kreuzer vernichtet. Zwei österreichische Zerstörer stehen bei Versenkung eines italienischen Dampfers und mehrerer Seiner im Hafen von Durazzo auf Mienen und fanen. — Österreichische zweite Note an Amerika geht Entschädigung für die versunkene Amerikaner der „Ancona“ zu.

## Rus den Gemeinden

Berlin. In Nr. 51 der „Gewerkschaft“ haben wir der am 1. Oktober d. J. vollzogene Kommunalisierung der Berliner Elektrizitätswerke Erwähnung. Desgleichen berichten wir ausführlich über die Aenderung bzw. Uebertragung der städtischen Aufgebotsbestimmungen und der Hinterbliebenenfürsorge auf die neuen städtischen Arbeiter der früheren R.E.W. Mit der schnellen und prompten Erledigung dieser Angelegenheiten waren die Arbeiter und Sonderer der Elektrizitätswerke allgemein zufrieden. Aber in der Hoffnung, daß auch die sonstigen von der Stadtgemeinde Berlin den städtischen Arbeitern anerkannten sozialen Leistungen sich sofort auswirken auf die Arbeiter der neuen städtischen Elektrizitätswerke, übertrugen wir, haben sich die Arbeiter betätigt. Unsere Leserwartung hat sich dabei veranlaßt, an die städtischen Vorverordneten mit einem ausführlich begründeten Gesuch heranzutreten, in welchem um alsbaldige Uebertragung der gesamten sozialen Leistungen der Stadt auf die städtischen Elektrizitätswerker gebeten wurde. So wichtig und erfreulich auch die sofortige Anwendung der städtischen Aufgebotsbestimmungen auf die neu-

wonnenen Elektrizitätsarbeiter ist, viel wichtiger für die Gegenwart ist es, daß die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen und die Gewährung der Teuerungszulagen auch auf die Arbeiter der Elektrizitätswerke ausgedehnt wird. Da nicht anzunehmen ist, daß unter den städtischen Arbeitern und Sonderwerkern Berlins zweierlei Recht Geltung haben soll, bitten wir die Erwartung, daß auch den städtischen Elektrizitätswerken nicht verweigert werden wird, was man den älteren städtischen Betrieben allgemein gewährt hat. Allerdings ist eine Beschleunigung dieser Regelung dringend notwendig.

## Rus den Stadtparlamenten

### Kriegs-Teuerungszulage.

Berlin. Erhöhung der Teuerungszulagen für Arbeiterfrauen. Mit dem 1. November trat bekanntlich eine allgemeine Erhöhung der Reichsunterstützung der Arbeiterfamilien in Kraft. Die Familien der städtischen Arbeiter gingen jedoch bei dieser Erhöhung der Reichsunterstützung leer aus, da die Stadt zur allgemeinen Reichs- und Gemeindeunterstützung Lohnzuschüsse gewährte, durch welche der Gesamtbezug an Unterstützung, je nach der Zahl der Kinder, auf 50 bis 75 Proz. des Lohnes des im Felde stehenden Ernährers herabgesetzt wurde. Erhöhte also das Reich seine Höhe, konnte die Stadt ihre Zuschüsse um den gleichen Betrag erniedrigen. Erhöhte Ausgaben des Reichs brachten der Stadt Ersparnisse! Unsere Ortsverwaltung beantragte daher sofort dem Magistrat, daß den Frauen unserer im Felde stehenden Soldaten, namentlich in Rücksicht auf die Teuerung, die Erhöhung der Reichsunterstützung zugute kommen müsse. Erheblicherweise hat der Magistrat diesem Antrage volles Verständnis entgegengebracht und die Erhöhung der Arbeiterfrauenunterstützung in folgender Weise geregelt: Für den Monat November erhalten die Frauen die erhöhte Reichsunterstützung ausbezahlt, und vom 1. Dezember gelangt die neue erhöhte Teuerungszulage in der gleichen Weise auf die Arbeiterfrauen zur Anwendung wie die alte Teuerungszulage, d. h. die Teuerungszulage der Arbeiterfrauen erhöht sich von 5 bis 7,50 Mk. auf 7,50 bis 15,75 Mk. im Monat, je nach der Zahl der Kinder.

Barmen. Am 18. November wurde durch den Arbeiterausschuß eine Eingabe um Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter bei der Stadtverwaltung eingereicht. In einer geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurde diese Eingabe behandelt und für Ledige 4 Mk., für Verheiratete 6 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. pro Monat bewilligt. Diese Zulage wird an alle Arbeiter ausbezahlt. Ebenfalls erhalten die Verheirateten die bisherige und die jetzige Zulage. Mit die Beamten und Angestellten, einschließlich der Schwägerinnen im Hauptamt und ausschließlich der während des Krieges vorübergehend eingestellten Hilfsarbeiter wird für deren Kinder bis zu 16 Jahren eine monatliche Familienzulage in Höhe von 10 Mk., bei 1, 16 Mk., bei 2, 24 Mk., bei 3, 32 Mk., bei 4, 40 Mk., bei 5, 48 Mk., bei 6, 56 Mk., bei 7 und mehr Kindern gewährt. Mit der Zulage ist ein langgehefter Wunsch der städtischen Arbeiter in Erfüllung gegangen. Dieser Wunsch wäre noch nicht erfüllt, wenn nicht immer wieder von unserer Organisation der Anstoß dazu gegeben, und wenn nicht die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit aller Wärme für diesen Antrag eingetreten wären. Hieraus sollten aber auch die Parteilosen Arbeiter den richtigen Schluß ziehen und sich der Organisation angeschlossen.

Dresden. Der Rat beschloß in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1915, den vollbeschäftigten Arbeitern, Ausbildeuten, Manufakturarbeitern, technischen und wissenschaftlichen Hilfsarbeitern, Bediensteten, Beamten und dem händig Beschäftigten und ausbildungsweise eingestellten Manufakturpersonal die Teuerungszulagen vom 1. Januar 1916 an bis auf weiteres, höchstens jedoch auf Kriegsdauer, nach folgenden Grundätzen zu gewähren. Es sollen erhalten: A. Unverheiratete und Verheiratete ohne Kinder für die 14-tägige Lohnperiode bei einem Lohn oder Gehalt bis mit 1400 Mk.: 6 Mk. oder monatlich 12 Mk., bis mit 1600 Mk.: 4,50 Mk. oder monatlich 9 Mk., bis mit 1800 Mk.: 3 Mk., oder monatlich 6 Mk. B. Verheiratete mit Kindern unter 16 Jahren bei Nichtbeamten, unter 18 Jahren bei Beamten bei einem Lohn oder Gehalt bis mit 1400 Mk.: 7,50 Mk. oder monatlich 15 Mk., bis mit 1600 Mk.: 6 Mk. oder monatlich 12 Mk., bis mit 1800 Mk.: 4,50 Mk. oder monatlich 9 Mk., bis mit 2100 Mk.: 3 Mk., oder monatlich 6 Mk. Dieser Monatslohn bedarf noch der Zustimmung der Stadtverordneten, welche aber zweifellos erfolgen wird. Der Antrag der Arbeiterausschüsse hätte sich alles mit diesem neuen Beschluß des Rates erledigt. Damit erfährt nun die Teuerungszulage die zweite Verbesserung gegenüber dem ersten Monatslohn vom April dieses Jahres. Vergleich ohne weiteres zuzugewen ist, daß mit diesen neuen Sätzen die Teuerung keinwegs voll ausgedrückt wird, so müssen wir aber doch anerkennen, daß unser Vergehen von gutem Erfolg begleitet gewesen ist.

Arcisfeld. Schon im April wurde von unserer Seite eine Eingabe wegen Teuerungszulage an die Stadtverwaltung gerichtet. Diese

Eingabe wurde damals abgelehnt. Im Oktober wurde nun abermals eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet und hat man sich der Begründung der Eingabe wohl nicht recht ablehnend gegenüberstellen können, denn es wurde beschlossen: Alle städtischen Arbeiter und Angestellte, welche ein Einkommen von unter 2100 Mk. haben, erhalten ab 1. November die doppelte Familienzulage. Die Arbeiter, die noch keinen Anspruch auf dieselbe hatten, erhalten die einfache Zulage. Die einfache Zulage beträgt bei 1 oder 2 Kindern monatlich 4 Mk., bei 3 oder 4 Kindern monatlich 8 Mk., bei 5 und mehr Kindern monatlich 12 Mk. — Wenn auch die Zulage zu befragen ist, so ist nicht zu verstehen, warum denn nun die Unverheirateten und die Verheirateten ohne Kinder bei dieser Zulage nicht bedacht worden sind. Zweifelsohne haben auch diese unter der bestehenden Feuerung zu leiden. Ja, wenn man bedenkt, daß ein großer Teil der Verheirateten, die heute leer ausgehen mußten, ihre Kinder im Felde zu sehen haben, und daß auch diesen von den Eltern noch so manches gefordert werden muß, ja, daß sie zum Teil die Kinder der im Felde Stehenden mit zu ernähren haben, so muß es als eine Härte von diesen Arbeitern angesehen werden, daß sie von der Zulage ausgeschlossen worden sind. Daß dem so ist, daran haben aber die Arbeiter selber ein gut Teil schuld. Denn hätten sie sich dem Verbands angegeschlossen, so wäre dieser auch in der Lage, mit mehr Nachdruck ihre Interessen vertreten zu können. Gerade in Aresfeld ist die Zahl der Unorganisierten noch eine große. Hoffentlich werden nun die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen einsehen, daß ohne Organisation ihre Interessen nicht vertreten werden können, und werden daraus den Schluß ziehen, sich dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen.

**Frankfurt a. M.** (Kriegsteuerungszulagen.) Unsere Kollegen hatten vor einiger Zeit unter Hinweis auf die eingetretene Teuerung an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe gerichtet, in der sie um Erhöhung der ihnen bewilligten Teuerungszulage baten. Die bisherige Höhe betragen: für ledige Arbeiter 3 Mk., für Familien ohne Kinder 5 Mk. und mit Kindern 10 Mk. im Monat. Mit Zustimmung der städtischen Kriegskommission hat der Magistrat diese Höhe nun wie folgt erhöht: für ledige Arbeiter von 3 auf 5 Mk., für Familien ohne Kinder von 5 auf 8 Mk., für Familien mit 1 und 2 Kindern von 10 auf 13 Mk. und mit 3 und mehr Kindern von 10 auf 15 Mk. im Monat. Die gleichen Sätze sollen auch die unteren Angestellten der beiden städtischen Theater erhalten. Bei den Ledigen ist dabei die Gehaltsangabe für die Zulage auf 1800 Mk., bei den Verheirateten auf 2500 Mk. festgesetzt. Mit der Erhöhung der Teuerungszulage kommt der Magistrat einigermassen den Sätzen nahe, die andere Städte schon früher bewilligt haben. Auf den Tag umgerechnet beträgt also die Zulage für ledige Arbeiter 20 Pf., für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 30 Pf., für Verheiratete mit 1 und 2 Kindern 50 Pf., für Verheiratete mit 3 und mehr Kindern zinsl. 58 Pf. pro Tag. Auf die Kriegsteilnahme der Angehörigen der Kriegsteilnehmer wird die Teuerungszulage nicht ausgedehnt. Dagegen erhalten sie eine einmalige Unterbringung von 10 Mk. Die von Seiten der Frankfurter Wassergesellschaft geforderte Teuerungszulage beträgt gegenwärtig 20 Pf. für Ledige, 50 Pf. pro Tag für Verheiratete und 80 Pf. pro Woche für die Laternenanzünder. Die geforderte Erhöhung der Teuerungszulage ist abgelehnt worden. Dafür wird eine einmalige Abminderung in Höhe von 20 Mk. an Verheiratete, 12 Mk. an Ledige und 6 Mk. an Laternenanzünder gewährt. Unsere Bitte, auch den Angehörigen der eingezogenen Arbeiter eine einmalige Unterbringung von 10 Mk. zu zahlen, wurde ebenfalls abgelehnt.

**Föhrnd.** Der Gemeinderat bewilligte in der Sitzung vom 28. Dezember den Familien der eingezogenen jüdischen Arbeiter eine Beihilfe von je 30 Mk.

**Kriegsbeschädigtenfürsorge.**

**Dresden.** Grundsätze für die Wiedereinstellung und Entlohnung von Arbeitern, die am Kriege teilgenommen haben. Genehmigt durch den Gesamtrat am 15. Juli 1915. I. Diese Grundsätze gelten zunächst für Kriegsteilnehmer, die beim Kriegsausbruch für dauernde Arbeit bei der Stadt eingestellt waren. Darüber hinaus werden, soweit es möglich ist, auch solche Arbeiter wieder eingestellt, die während des Krieges für dauernde Arbeit bei der Stadt eingestellt waren. II. Die kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer sind nach ihrer Entlassung aus dem Militärdienste bei dem Betriebe, dem sie zuletzt angehört haben, wieder einzustellen. III. Die kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer sind nach ihrer Entlassung aus dem Militärdienste auf Antrag möglichst bei dem Betriebe, dem sie zuletzt angehört haben, für eine ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Tätigkeit wieder einzustellen. Ist der alte Betrieb nicht in der Lage, sie wieder aufzunehmen, so soll er sich bemühen, sie in einem anderen hiesigen Betriebe unterzubringen. Wenn kein hiesiger Betrieb zur Übernahme in der Lage ist, ist dem Arbeitsamt Anzeige zu erstaten. IV. Die im Kriegsdienste verbrachte Zeit wird nicht als Unterbrechung der städtischen Arbeit im Sinne von § 5 der Allgemeinen Arbeitsordnung angesehen, sie ist vielmehr bei der Berechnung der Ständigkeit und bei der

Austrückung in der Lohnstaffel als im städtischen Dienste geleistete Arbeitszeit zu rechnen. V. Den Kriegsteilnehmern ist in der Regel Lohn in der Lohnstaffel zu gewähren, in der sie sich vor dem Kriege befanden. Militärrente ist auf den Lohn in Anrechnung zu bringen, Kriegs- und Verhinderungszulagen dagegen außer Ansatz zu lassen. VI. Besteht bei Invaliderität trotz der Anrechnung der Militärrente auf den Arbeitslohn ein augenfälliges Mißverhältnis zwischen der Verwendbarkeit des Arbeiters und seiner Entlohnung, so ist wegen der Wiedereinstellung des Arbeiters und seiner Entlohnung das Arbeitsamt zu hören. VII. Jeder Kriegsteilnehmer ist vor der Wiedereinstellung vom Stadtbezirksarzt über seine Verwendbarkeit im städtischen Dienste zu untersuchen. Eine Abänderung dieser Grundsätze wird insbesondere für den Fall vorbehalten, daß sich die Gesetzgebung mit der Angelegenheit befaßt oder daß ein einheitliches Vorgehen aller Städte erwünscht erscheint.

**Aus unserer Bewegung**

**Ghemmitz.** Die Arbeiter des hiesigen Tischbauamts sind in zwei Klassen geteilt. Die der Klasse A Angehörigen erhalten nur Stundenlohn. Nach den Bestimmungen kann in der Regel nach 2½-jähriger Beschäftigung die Ueberweisung in die Klasse B erfolgen, was zur Folge hat, daß dann Tagelöhne gezahlt und der Anspruch auf Urlaub, Differenzbetrag und Rubelohn erworben wird. Im Winter verriecht sich mit den kürzer werdenden Tagen auch die Arbeitszeit der Tischbauarbeiter, und so haben die Arbeiter der Klasse A jeden Winter mit Lohnausfall zu rechnen. Jetzt nun bei der ungemeinen Teuerung den Arbeitern noch eine Lohnermäßigung zukommen, konnten die Arbeiter nicht erriechen. Sie beauftragten deshalb den Arbeiterausschuß, dasübergerend vorzulegen zu werden, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeiter vor Lohnausfall zu bewahren. Das Tischbauamt hat sich leider, der Konjunktur halber, wie sagt, nicht entschließen können, alle Arbeiter der Klasse A vor Lohnausfall zu bewahren, es hat nur angeordnet, daß diejenigen Arbeiter, welche, obwohl 2½ Jahre und länger beschäftigt, noch nicht in die Klasse B überweisen sind, auch während der kurzen Arbeitszeit den vollen Tagelohn erhalten sollen. Von dieser Anordnung werden immerhin eine ganze Anzahl Arbeiter betroffen, so daß das Vorgehen des Arbeiterausschusses doch nicht ganz erfolglos gewesen ist.

**Galle.** Im Mai beschloß der Magistrat, zurück von sechs Monaten Teuerungszulagen zu gewähren dieser sechs Monate beantragten nun unsere Kollegen der Teuerungszulage auf die weitere Kriegsbau. Die beantragten ferner Verzählung der Wochenfeiertage wiederholt verlangt wurde, sowie Maßnahmen, damit bei der kürzeren Arbeitszeit im Winter keine Lohnermäßigung entsteht. Der Magistrat hat darauf beschloßen, die Teuerungszulage auf Kriegsdauer zu gewähren, und zwar an Ledige wöchentlich 1,50 Mk., an Verheiratete bis mit zwei Kindern 2,40 Mk., bis mit vier Kindern 3 Mk. Bei mehr als vier Kindern für jedes weitere 10 Pf. Zuschlag. Die Verzählung sämtlicher Wochenfeiertage wurde jedoch abgelehnt, nur die Weihnachtstage werden bezahlt, sofern der Arbeiter mindestens ein Jahr in Arbeit steht. Am im Winter Lohnausfälle zu vermeiden, wird die zehnminütige Arbeitszeit beibehalten. Das Vorgehen unserer Kollegen, dem sich auch die Mitglieder des Districts-Dauerischen Gewerkevereins angeschlossen hatten, ist also nicht ganz erfolglos geblieben.

**Hegensburg.** Am 30. Oktober reichte unser Verband eine Petition bei den hiesigen städtischen Kollegen ein, in der um eine Erhöhung der Teuerungszulage nachgesucht wurde. In der Begründung wurde darauf verwiesen, daß in Anbetracht der vertheuerten Lebenshaltung eine 100prozentige Erhöhung der Zulage nicht als übertrieben betrachtet werden dürfte. Wie berechtigt dies war, ergibt sich aus den Ausführungen des Referenten, Herrn Bürgermeister Peyer. Er selbst gab unumwunden zu, daß die angeführten Gründe unumwiderlich zutreffend sind. Die verlangte Erhöhung übersteigerte nur an der Finanzlage, die ja immer wieder bei den berechtigten Anträgen der städtischen Arbeiter den Preisboden zu markieren hat. Entgegen dem Verlangen der Arbeiter wurde von den beiden städtischen Kollegen genehmigt: Ledige (und kinderlos Verwitwete) bisher monatlich 3 Mk., künftig monatlich 3 Mk.; Verheiratete oder Verwitwete bis zu 2 Kindern bisher monatlich 5 Mk., künftig monatlich 6 Mk.; Verheiratete oder Verwitwete mit 3 oder 4 Kindern bisher monatlich 6 Mk., künftig monatlich 8 Mk.; Verheiratete oder Verwitwete mit 5 oder mehr Kindern bisher monatlich 7,50 Mk., künftig monatlich 10 Mk. Außerdem werden die Arbeiter, die als nicht vollwertig (§ 25 der A.L.) nicht den normalen Lohn beziehen, mit Rücksicht auf den Grad und die Dauer der Teuerung künftighin hinsichtlich der Zulagen den vollwertigen Arbeitern gleichgestellt. (Bisher bekamen diese nur die Hälfte der Zulagen.) Diese Sätze werden allgemein an jene Arbeiter und Beamte gewährt, welche ein Jahreseinkommen von 1800 Mk. nicht übersteigen. Von 1801 Mk. bis zu 2100 Mk. Jahreseinkommen müssen seitens der Arbeiter oder Beamten Gewände eingereicht werden, die nur im Bedarfsfalle und bei dem Unterhalt eines Kindes unter 16 Jahren — wie bei den baye-

riichen Staatsarbeitern und Staatsbeamten - Berücksichtigung finden können. Die finanzielle Tragweite des Antrages wird als nicht unbeträchtlich bezeichnet. Der Jahresmehraufwand soll 10.000 Mk. betragen und somit der Gesamtaufwand jährlich auf 25.000 Mk. steigen. Dieser Betrag wird durch Anleihen gedeckt. Würden hierfür laufende Mittel beansprucht werden, so müßten allein für die Teuerungszulage die Gemeindeumlagen um 4 bis 5 Proz. erhöht werden. Wenn wir uns zu dieser Vorlage noch äußern wollen, so können wir nur die kleine Erhöhung bedauern, die heute für die städtischen Arbeiter und unteren Beamten ebenso ungenügend ist als ebendem. Sie müssen weiter hungern und haben für die nächste Zukunft keine Hoffnung, bessergestellt zu werden. Wo soll das herkommen, wenn die Lebensmittel und alle anderen Gegenstände zum Teil ums Doppelte und Dreifache gestiegen sind? Jener Teil des Volkes kann dieses Opfer ruhig ertragen, der sich in der angenehmen Lage befindet, in besserwertigen Kreisen geboren zu sein! Aber der Arbeiter und untere Beamte, der nichts anderes als seine Arbeitskraft als Ware auf den Markt bringen kann! Für die Arbeiter in den städtischen Betrieben ist es notwendig, eine irrationale Organisation zu schaffen. Leider erkennen dies gerade unsere Kollegen noch viel zu wenig. Sie werden aber durch solche Ablehnung ihrer Forderungen belehrt. Darum rufen wir von dieser Stelle aus jedem städtischen Arbeiter und unteren Beamten zur Schaffung einer irrationalen und ersten Zeit für Care Organisation!

**Mosheim.** Nach den Beschlüssen der beiden städtischen Stellen, von 1910 und 1912 gelegentlich einer Lohnregulierung für die städtischen Arbeiter, ist den Arbeitern eine zehnprozentige Vergütung für geleistete Mehrleistungen genehmigt worden. Elektrizitätswerk, Stadtkommissariat, Stadtgärtnerei usw. bezahlten ihre Arbeiter für diese Zeit nach diesen Sätzen. Der Gasdirektor Herr Marktbergler zahlte einfach für die Mehrleistungen die alten Sätze, nach dem Tageslohn berechnet. In einer Versammlung am 21. November kam die siebenmündige Handlungsausschüsse des Gasdirektors durch Kollegen Geschäftlicher zur Sprache. Am 23. November wurde unser Vertreter bei der Gas- und Wasserwerks-Direktion vorgeht. Nach längerer Auseinandersetzung erkannte der Gasdirektor an, daß die Arbeiter für Mehrleistungen nach den Beschlüssen bezahlt werden sollen. Aber es geschah nichts. Doch ist jetzt endlich auf weitere Vorlesung beim Herrn Bürgermeister Handel gestiftet. Die Arbeiter erhalten alles noch bezahlt. Die der Organisation noch fernstehenden Gemeindefunktionäre haben allen Anlaß, sich samt und sonders dem Verbands anzuschließen. Denn die Rechte der Arbeiter können nur durch eine irrationale Organisation gesichert werden.

◆ **Notizen für Gasarbeiter** ◆

**Mühlhausen i. G.** Das Gaswerk hier gehört einer französischen Gesellschaft und steht deshalb unter Zwangsverwaltung. Am 1. April war der Tarif für die Inneneinrichtungsarbeiter abgelaufen und es wurde seitens unserer Filiale der Antrag gestellt, denselben zu erneuern. Das wollte nun die Direktion nicht, die am liebsten jede Abmachung vermeiden und den alten Zustand beibehalten hätte. Dabei hatte sie sich schon vor zwei Jahren vertraglich verpflichtet, nach Ablauf des Tarifs, also jetzt am 1. April, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Auch diese Verpflichtung wollte die Direktion umgehen, indem sie in Aussicht stellte, daß die Achtstündensicht "möglichst" nach dem 1. April eingeführt werden solle. Bezüglich der Lohnregelung wollte man 10 Pf. täglich zugehen, aber die eigentliche Lohnregelung sollte erst bei der Erneuerung des Tarifs, diese Erneuerung selbst aber drei Monate nach Kriegsende erfolgen. Darauf riefen wir den Aufichtskommissar Herrn städtischen Generalsekretär Schulze an. Aber auch dieser vertat in dieser Sache mehr das Interesse der ausländischen Gesellschaft wie das der inländischen Arbeiter. Vielleicht war er dabei von der Erwägung geleitet, daß der Krieg vordringt; nachdem kommt aber wieder die Gesellschaft und da ist es dann für einen Zwangsverwalter nicht angenehm, wenn die Herren Aktionäre unzufrieden sind. Anders läßt sich die Haltung des Herrn Generalsekretärs der Stadt Mühlhausen nicht verstehen. Auch er war der Meinung, daß die Achtstündensicht kommen sollte, wenn die Direktion passende Arbeiter hierfür gefunden habe. Die Lohnregelung wurde dadurch auf die lange Bank geschleppt, daß der Herr Generalsekretär versprach, einen Lohnantrag einbringt dem der städtischen Arbeiter, als mit Grundlohn und Dienstalterszulagen, auszuarbeiten. Was letzterem konnte man einbringen sein, nicht aber mit ersterem. Gehalt wurde weiter gedrängt und schließlich auch Anfang Mai die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit erreicht. Zur Lohnregelung wurden unterdessen genaue Angaben und Vorschläge gemacht, aber weder durch diese Vorschläge, noch durch mündliche Vorstellungen war der Aufichtskommissar zu bewegen, die Lohnregelung vorzunehmen. Im Juli nannten wir uns deshalb unter Darlegung der Verhältnisse an die Kreisdirection in Mühlhausen, welches die nächste Aufichtsbehörde ist. Nach mehreren Wochen kam von dort der Bescheid, daß die Kreisdirection in der Sache nichts tun könne, da das Bezirkspräsidium in Mosmar die Aufichtsbehörde für die Zwangs-

verwaltungen sei. Also wandten wir uns unter eingehender Darstellung des Sachverhalts an das Bezirkspräsidium. Das scheint nun geholfen zu haben. Zwar wurde der Zwangsverwalter nicht angewiesen, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen, jedenfalls um diesen erste Stellungnahme zu schonen. Dafür wurde Ende November im Gaswerk angeschlagen, daß rückwirkend vom 1. September ab eine Teuerungszulage gewährt wird, und zwar beträgt dieselbe: für Ledige und Verheiratete ohne Kinder monatlich 8 Mk., Verheiratete mit 1 und 2 Kindern monatlich 10 Mk., mit 3 und 4 Kindern 12 Mk., mit 5 und 6 Kindern 15 Mk. und über 6 Kindern 18 Mk. Das ist unter den obwaltenden Verhältnissen ein sehr schöner Erfolg, und die Unterbringung des Bezirkspräsidiums um so erfreulicher, als der Gemeinderat in Mühlhausen, in welchem der Herr Generalsekretär eine gewiß nicht nebensächliche Rolle spielt, die Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter abgelehnt hat.

◆ **Salinenarbeiter** ◆

**Aus Mosheim** schreibt man uns: Nach einer Amtshandlung vom 30. November v. J. sollte eine Änderung der Teuerungszulage eintreten. Diese wird nun gewährt bis zu einem Einkommen von 1000 Mk. für jeden Arbeiter und Beamten. Bei 1000 bis 2100 Mk. Gehalt oder Lohn muß erst darum nachgedacht werden. Darüber herrscht nur allgemein berechtigter Mangel. Man muß doch auch oben wissen, daß zurzeit alle, die weniger als 2100 Mark Einkommen haben, in derselben traurigen Lage sich befinden. Daß mit der unünftigen Prüfung der Gesuche viel nützliche Zeit verloren geht, daran scheint man auch wohl nicht gedacht zu haben. Ferner hat die Regelung wiederholt sehr böses Blut gewacht, weil die ledigen Arbeiter und die verheirateten ohne Kinder von der Gewährung der Zulage ganz ausgeschlossen worden sind. Ist denn für diese das Leben nicht auch teurer geworden? Das schlimmste aber ist noch, daß die Zulage überhaupt zu niedrig ist. Eine Familie mit einem Kind bekommt monatlich 3 Mk. Teuerungszulage, mit 2 Kindern 6 Mk., mit 3 und 4 Kindern 9 Mk., mit 5 und 6 Kindern 12 Mk. und mit noch mehr Kindern 15 Mk. Auf ein Kind treffen also bei 3 Mk. ganze 10 Pf. pro Tag Zulage und bei denen, die mehr Kinder haben, nicht einmal dieser Betrag. Die Salinenarbeiter sind zum großen Teil stark mit Kindern besetzt. Es hängt fast wie ein Hohn, wenn man angesichts dieser geringfügigen Leistung von einer Zulage spricht. Die Verteuerung der Lebenshaltung beträgt mehr als 40 Proz., die Zulage aber kaum 3 Proz. des Lohnes. Nachdem die Arbeiter schon vor dem Kriege schwer zu kämpfen hatten, um mit ihrem Lohn durchzukommen, kann man sich vorstellen, wie trostlos es gegenwärtig in den meisten Familien aussieht. Weiter ist noch zu beachten, daß gerade bei den Betriebsarbeitern in der ersten Endwoche die Endgehälter hauptsächlich eine 7stündige Arbeitszeit haben. Durch diese lange Arbeitszeit einschließlich der Tag- und Nachtschicht sowie der Sonntagsarbeit ergibt sich für diese ein Jahreseinkommen von mehr als 1000 Mk. Die Arbeitskraft setzt ihre ganze Hoffnung auf den Landtag. Sie hoffen, daß derselbe ein andere gerechte Regelung vornimmt. Die Zulage ist nun wieder einmal geändert worden. Vorteilhaftes ist jedoch wieder nicht herausgekommen. Die außerordentliche Teuerung dauert schon über ein Jahr und die Arbeiter sind durch das zögernde Vorgehen des Ministeriums gegenüber anderen Bundesstaaten schwer im Nachteil. Deshalb ist die Behandlung der Angelegenheit dringend. — Infolge des Krieges erhielten die Arbeiter der Saline Mosheim keine Urlaub; jedoch durch das Drängen unsererseits noch vor Weihnachten das zutreffende Urlaubsgeld ausgezahlt für 4 bis 6 Tage Urlaub, je nach Dienstalter, und zwar am Samstag, den 11. Dezember, gelegentlich der Monatsrechnung für November. Der Amtsvorstand, Bergmeister Groß, ordnete an: Den Arbeitern, welche das Urlaubsgeld erhalten, wird die Teuerungszulage einfach nicht ausgezahlt. Dies kam auch im Finanzausschuß bei der Staatsberatung durch unseren Vertreter, dem Genossen Vogel zur Sprache, und der Kreisverwalter, Generaldirektor Kläiber, war nicht wenig überrascht von dieser "arbeiterfeindlichen" Handlungsweise des Mosheimer Salinenamtsvorstandes. Nach uns gewordenen Nachricht hat der liebevolle Amtleiter an die Generaldirection eine Anfrage gerichtet, wie er sich in diesem Falle zu verhalten habe. Hoffentlich wird die Entscheidung auch in dieser Angelegenheit einen günstigen Ausgang für die Arbeiter ergeben. Nur sollten die Salinenarbeiter mehr Zusammengehörigkeit entwickeln, um mit besserem Nachdruck für ihre Interessen eintreten zu können.

**Rundschau**

**Neujahr.** Ein Jahr, dessen Anfang und Ende im Zeichen des Krieges stand, ist dahin. All die frohen Erwartungen, die man zu seinem Beginn an das Jahr stellte, hat ein unerbittliches Schicksal nicht erfüllt und in uns allen drängt sich die Frage auf: wie wird es im neuen Jahre werden? Wird uns das neue Jahr endlich den Frieden bringen und damit die erste Voraussetzung zu Kulturarbeit und Menschenglück? Von uns, von uns Menschen allein hängt das Ende des graulichen Ringens ab, allein vom menschlichen Willen, und doch wissen wir sein Ende nicht. Jahre voraus kann der Mensch den Eintritt einer astronomischen Erscheinung draußen im unendlichen Weltall bestimmen, ja, das Erscheinen bis dahin noch unbekannter Sterne hat das menschliche Hirn für eine bestimmte Zeit vorauszusagen vermocht, nur im eigenen Menschheitsleben auf dem kleinen Erdball weiß der Mensch heute noch nicht, was morgen geschieht, kann er die Entwicklung in ihren großen Zügen nicht voraussehen. Und warum das? Weil draußen jene ewigen Gesetze walten, hier aber ohne eine natürliche Ordnung planlos gelehrt und gewirtschaftet wird. Wenn jeder einzelne so wirtschaften kann, wie es ihm paßt, ohne dabei einem großen Gedanken zu folgen, wenn jeder einzelne Staat so walten kann, wie es ihm selbst, und nur ihm selbst, von Vorteil ist, ohne den Gedanken an eine große organisierte Weltinheit, dann läßt sich die Entwicklung des Ganzen selbst in ihren großen Zügen natürlich nicht ablesen. Und so werden wir, solange diese Disharmonie und Zersplitterung im Menschheitsleben besteht, mit einer ruhigen Gewißheit großen Fragen gegenüber nie in ein neues Jahr treten können. Durch die mangelnde Organisierung der politischen Welt müssen wir eher mit neuen Weltbränden rechnen, durch das planlose Wirtschaften der einzelnen wissen wir nie, ob das neue Jahr uns nicht Teuerung bringt oder schwere Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit. Ein frohes, neues Jahr, wie wir es uns jetzt schon immer wünschen, vermag uns in den großen Fragen des Lebens allein eine neue Ordnungswelt. Allein eine planmäßige Organisierung des Lebens hält uns dauernd im rechten Gleichgewicht. Da wird der Mensch nicht geworfen, hin und her, wie die wirtschaftliche Macht all der einzelnen gerade geortet ist. Planmäßig werden da die Kräfte geordnet, planmäßig die wirtschaftlichen Güter verteilt, und mag ein neues Jahr anbrechen, so oft es will, stets weiß der einzelne, daß er im Schoße dieses großen neuen Volksganges wohl geichert ist. Mit bangendem Herzen sieht der ernste Mensch von heute stets dem neuen Jahre entgegen, in zufriedener Ruhe und in festem Vertrauen auf die Organisierung seiner Volksgemeinschaft dagegen der Mensch der kommenden Welt.

**Die Aufwendungen für die Kriegsunterstützung.** In dem Nachtrag zu der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches sind die Summen zusammengestellt, die bis jetzt vom Reich an Familienunterstützung gezahlt worden sind. Sie betragen:

August 1914 . . . 26 001 049,43 Mk.	März 1915 . . . 74 685 761,24 Mk.
Septbr. 1914 . . . 46 161 359,28	April 1915 . . . 78 244 979,48
Oktr. 1914 . . . 52 666 284,02	Mai 1915 . . . 82 668 966,73
Novbr. 1914 . . . 58 407 755,18	Juni 1915 . . . 84 926 556,33
Dezbr. 1914 . . . 63 391 370,98	Juli 1915 . . . 98 706 880,43
Januar 1915 . . . 65 057 165,68	August 1915 . . . 93 410 482,23
Febr. 1915 . . . 69 001 243,47	Septbr. 1915 . . . 94 117 270,42

Die Steigerung erklärt sich aus den fortgesetzt vermehrten Einziehungen neuer Mannschaften. Für die ersten 11 Kriegsmonate wurden gezahlt 578 126 471,90 Mk. Die mittlerweile eingetretene Erhöhung der Familienunterstützung (3 Mk. für die Frau und 1,50 Mk. für jedes Kind im Monat) bedeutet trotz ihrer Unzulänglichkeit bei der großen Zahl der Bezugsberechtigten eine neue ganz erhebliche Steigerung des Gesamtbetrages.

**Wesentliche Zahlen.** Seit dem Jahre 1890 konnten die Gewerkschaften über ein Anzeichen der Zahl der in den Zentralverbänden ermittelten Arbeiterinnen berichten, das nur einmal, im Kriegsjahr 1909, eine Unterbrechung erfuhr. Damals ging die Mitgliederziffer der Frauen um 4555, von 138 143 im Jahresdurchschnitt 1908 auf 123 588 zurück. 1910 war die Zahl der organisierten Arbeiterinnen bereits wieder auf 161 512 angewachsen, und sie stieg auf 223 676 im Jahresdurchschnitt von 1913. Gleichzeitig erhöhte sich auch die prozentuale Anteilnahme der weiblichen Mitglieder an dem gesamten Umfang der gewerkschaftlichen Organisation. Als 1892 zum ersten Male über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen berichtet wurde, machte diese nur 1,8 Proz. der Gesamtmitgliederziffer aus. 1913 betrug der prozentuale Anteil bereits 5,8. Diese Zunahme in verhältnismäßig kurzer Zeit, trotz des

Anwachsens der Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften und trotz aller Schwierigkeiten, die der erfolgreichen Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen entgegensteht, ließ eine erfolgreiche Ausbreitung des Organisationsgedankens auch für die Zukunft mit Bestimmtheit erhoffen, zumal für das Jahr 1914 eine Besserung des Arbeitsmarktes zu erwarten war. Diese Hoffnung ist vernichtet worden. Die wirtschaftliche Krise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit hielt auch in den ersten Monaten des Jahres 1914 an und wich langsam einer günstigeren Konjunktur. Dieser Zustand in Verbindung mit den Schwierigkeiten, die den gewerkschaftlichen Organisationen kurz vor Kriegsausbruch durch die Unterdrückungsmaßnahmen von Unternehmern und Behörden bereitet wurden, hatten ein Zurückgehen der Mitgliederziffer auch im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1914 zur Folge. Der Krieg hat dann vollends der erfolgreichen Tätigkeit der Gewerkschaften zur Vergrößerung des Mitgliederstandes ein Ende bereitet. Es ist dies verständlich, wenn man an die Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben und auf die Verhältnisse der Arbeiterin denkt. Sofort nach der Kriegserklärung stieg nahezu das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit stieg um das fünf- bis sechsfache der schlimmsten Krisenjahre. Sie wich nur langsam besseren Verhältnissen. Große Arbeitslosigkeit hat aber stets Mitgliederverluste zur Folge gehabt, noch dazu, wenn sie Hand in Hand ging mit einer Steigerung der Lebensmittelpreise. Diese trat aber in der Kriegszeit ganz erheblich in Erscheinung, und zwar von Anfang an. Dazu kam der Mitgliederverlust durch die Einberufung der Männer zum Kriegsdienst. Bis zum Jahreschluss waren rund 750 000 Gewerkschaftsmitglieder als zum Kriegsdienst eingezogen gemeldet. Bemerkenswert ist aber, daß sich der Rückgang nicht nur auf die Ziffer der männlichen Mitglieder beschränkt, sondern daß während der Kriegszeit auch die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ganz erheblich abgenommen hat. Gegenüber dem Stand der Organisation am Schluss des Jahres 1913 verloren die Gewerkschaften im letzten Jahre 36 533 weibliche Mitglieder. Das ist der sechste Teil der 1913 vorhandenen organisierten Arbeiterinnen. Der Verlust entfällt zum größten Teil auf das zweite Halbjahr. Die durchschnittliche Mitgliederziffer im ersten Halbjahre betrug 222 788. Sie war gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1914 nur 5477 niedriger. Im zweiten Halbjahre verringerte sich die Ziffer der organisierten Arbeiterinnen um 24 957. Sie fiel auf 197 831 im Durchschnitt der Mitgliederziffer des zweiten Halbjahres. Nur 5 Verbände, die der Fleischer, Handlungsgehilfen, Uhrmacherinnen, Zattler und Landarbeiter waren im zweiten Halbjahresdurchschnitt ihrer Mitgliederziffern Zunahmen in der Zahl der weiblichen Mitglieder auf, mit insgesamt 291, wovon auf den Handlungsgehilfenverband allein 220 entfielen. In allen anderen Verbänden ist ein Rückgang zu verzeichnen. In dieser Erscheinung kann nicht achtlos vorübergegangen werden. Man muß versuchen, die Ursachen dafür zu ergründen. Dieser gibt es eine ganze Reihe. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die Zahlen aus einer Zeit stammen, in der Arbeitslosigkeit in den Kreisen der Arbeiterinnen stark verbreitet war. Die Heranziehung von Frauen zur Arbeit im großen Umfang erfolgte erst später. Trotzdem redtfertig dieser Hinweis nicht das Zurückgehen der Mitgliederziffern, weil, wenn auch nicht überall, so doch in verschiedenen Berufen weibliche Arbeitskräfte auch damals in größerer Zahl als in Friedenszeiten verwendet wurden. Alle Gründe aber vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß trotz Zunahme der Frauenerwerbsarbeit die Zahl der organisierten Arbeiterinnen zurückgegangen ist. Das ist ein recht bedenkliches Zeichen. Es zeigt vor allen Dingen, wie schwer Frauen für die gewerkschaftlichen Organisationen zu interessieren sind. Da nach dem Kriege in einer ganzen Reihe von Berufen weibliche Arbeitskräfte weiter beschäftigt werden — weil sie billiger sind als Männer —, so bedeutet diese Ausrichtung unter Berücksichtigung der Erfahrungen bezüglich Organisation der Arbeiterinnen eine schwere Gefahr für die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterin, die bisher erzielten gewerkschaftlichen Erfolge und ihre Tätigkeit in der Zukunft. Dieser muß begegnet werden durch energische Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen. Daß sie nicht erfolglos ist, beweisen die Mitgliederziffern bis vor Ausbruch des Krieges. Nur schwierig ist die Agitationsarbeit; das darf aber kein Grund sein, sie zu unterlassen. Je weiter die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit in der Perse eindringt, desto weniger Aussicht besteht, der Arbeiterin den Anspruch am Ertrage ihrer Arbeit zu sichern, der ihnen nach billigem Erwerb zukommt. Da die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit aber nicht verhindert werden kann, so bleibt nicht anderes übrig, als die Verände zur Organisierung der Arbeiterinnen schon jetzt und besonders nach Wiedereintritt normaler Zustände mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

**Briefkasten**

Zur gefl. Beachtung. Die Heberichten über die Kriegsvorgänge lassen wir in Zukunft nur noch monatlich folgen. Der nächste Bericht erscheint daher Anfang Februar. Die Redaktion.

## Krieg in den Bergen.

Die Felsen harr'n. Der Gletscher Firm  
Krönt ihnen die granit'ne Stirn.

Und einer, wolkenmeerumwallt,  
Fragt, daß es durch die Stille hallt:

„Was ziehn die Menschen müß und wild  
Durch unfer keiniertes Gefild?

Es raucht von Blut, es weint von Weh  
In unsrer Schründen reinem Schnee...“

Ein andrer drauf: „Zah't Ihr den Tod?  
Schaut wie im Tal die Flamme loht!

Durch tausend Hütten heist der Mord  
In Blut und Wut. Die Ernte dorrt...“

„Was sie mit Schweiß und harter Hand  
Gefügt, stürzt im Granatenbrand!“

„Stürzt... Manch Jahrhundert wird verachtn,  
Bis neu das Tote kann erkehn!“

Ein Seufzen tief im Winde köhnt...  
Dann wieder Felsenhimmle dröhnt:

„Hieh nicht Kultur das Menschenwort,  
Das sie gebrauchten immerfort?...“

„Kultur?... Ein Echo wirft's jurüd.  
Die Nebel heiaen jäh und did.“

Die Wellen wälzen sich zu Tal —  
Da pfeift's von Ruageln, flirrt's von Stahl.

Ein Röheln geht und Fröheln um...  
Die Berge ragen harr und stumm. Ludwig Geffen.

## Eingegangene Schriften und Bücher

„Herzen im Kriege“. Unter diesem Titel ist als Einmarkband der „Vorwärts-Bibliothek“ eine Sammlung guter Schilderungen und Geschichten vom Kriege erschienen. Wir brauchen dringend Bücher, mit denen sich dem andringenden Schwall einer Kriegsschundliteratur entgegenwirken läßt. Hier ist nun ein solches Buch zur Abwehr. Der vortragende Autoren vereint es: Von Deutschen Liliencron, Fontane, Schönaich-Carolath, E. v. Bergmann, Nagel; von Franzosen und Belgiern Jola, Raupassant, Lemonnier; von Russen Tolstoi, Garschin, Tugeniew; endlich den Amerikaner Walt Whitman. Das Buch geht darauf aus, den Menschen zu zeigen, der das schwere Schicksal Krieg zu bestehen hat. Ausgewählt und zusammengestellt hat den Inhalt Genosse Franz Tiederich. Ein zweiter Band wird diesem ersten schnell folgen. Die gute Ausstattung und die Wohlfeilheit der Vorwärts-Bibliothek (gebunden 1 M.) ist bekannt.

**Tüfeln als Gartenschmud.** Im allgemeinen werden Tüfeln nur als häßliches Unkraut und gerade gut genug zum Futter für den Esel angesehen; deshalb wird mancher den Kopf schütteln, wenn er sieht, daß Tüfeln als Gartenschmud empfohlen werden. Aber es ist doch so. Hierzu werden die sogenannten Edeltüfeln verwendet, die Chinops und Crnagium. Wenn wir ohne Voreingenommenheit eine ganz gewöhnliche Tüfel ansehen, so werden wir sowohl an ihren Blättern als auch an den kugelförmigen und halbentwickelten Köpfen schöne Formen und bisweilen auch gleiche Farben finden. Bei den Edeltüfeln treten diese Vorzüge ganz besonders hervor. Einige durch die stahlblaue Färbung, andere durch ihre großen, glänzenden Blütenköpfe, noch andere durch ihre silberweißen Streifen färbung der Blätter sind von hoher Schönheit und in jedem nicht zu kleinen Garten von wunderbarem Schmudwert. Wie die Tüfeln durch schattlich wenig Anspruch an den Boden und den Platz machen, so sind auch die Edeltüfeln in dieser Hinsicht sehr bescheiden und können deshalb zur Füllung von Stellen gebraucht werden, auf denen sonst wenig fort kommt. Wie schön diese Tüfeln sind, wie gut sie sich im Garten ausnehmen, zeigen die Abbildungen eines entsprechenden Aufzuges in Nr. 11 von „Unser Garten“, die uns mit anderen Nummern der gleichen Zeit schrift vorliegt. „Unser Garten“ erscheint im Verlag der Frankischen Verlagshandlung, Zuzgart, im Vierteljahr sechsmal zum Preise von 75 Pf. Die Zeitschrift umfaßt sämtliche Gebiete des Gartenbaues, der Kleintierzucht usw. und ein jeder, der Liebe hierfür hat, findet in ihr eine Fülle von Anregungen und praktischen Winken.

## Totenliste des Verbandes.

**Fritz Denschel, München**  
Reichenmayer (Straßenbahn-  
† 23. 12. 1915, 59 Jahre alt.

**Friedrich Grugel, Kassel**  
Arbeiter  
† 20. 12. 1915, 55 Jahre alt.

**Oskar Granwald, Berlin**  
Gasarbeiter  
† 28. 12. 1915, 55 Jahre alt.

**Wilki Helm, Hamburg**  
Kafeneubau  
† 15. 12. 1915, 21 Jahre alt.

**Hermann Knaak, Berlin**  
Gasarbeiter  
† 17. 12. 1915, 47 Jahre alt.

**Hans Knab, Nürnberg**  
Arbeiter (Privatbetrieb)  
† 23. 12. 1915, 23 Jahre alt.

**Theodor Kockal, Berlin**  
Gasarbeiter  
† 18. 12. 1915, 49 Jahre alt.

**Fritz Kühner, Heidelberg**  
Zustellbote (Gaswerk)  
† 18. 12. 1915, 36 Jahre alt.

**Josef Kürschner, Bamberg**  
positionaler Arbeiter  
† 22. 12. 1915, 78 Jahre alt.

**Anton Sander, Essen**  
Kafeneubauer  
† 13. 12. 1915, 60 Jahre alt.

**Kaspar Schlamp, Augsburg**  
Tagelöhner (Flußbauamt)  
† 17. 12. 1915, 39 Jahre alt.

**Pauline Vogel, Berlin**  
Farkarbeiterin  
† 14. 12. 1915, 54 Jahre alt.



## Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

**Fritz Anton, Straßburg i. F.**  
am 2. September im Alter von  
21 Jahren a. Thyphus i. Laz. gest.

**August Böbel, Kirchheim**  
am 22. August 1914 im Alter  
von 30 Jahren gefallen.

**Paul Brelmann, Berlin**  
Gasarbeiter, am 30. November  
im Alter v. 38 Jahren gefallen.

**Karl Christgau, Fürth**  
Schlößer, i. Alter von 39 Jahren  
im Garnisonlaz. i. Nürnberg gest.

**H. Garzmann, Hbg.-Wandsb.**  
am 8. Dezember im Alter von  
31 Jahren im Westen gefallen.

**Heubert Heimann, Fürth**  
Lampenwärter, im Alter von  
36 Jahren i. Frankreich gefallen.

**H. Hirsch, Hbg.-Fuhlsbüttel**  
am 20. November im Alter von  
34 Jahren in Belgien gefallen.

**Georg Horst, Berlin**  
Schlachthofarbeiter, a. 17. Dez  
im Alter v. 32 Jahren gefallen.

**Ludwig Ibe, Hamburg**  
am 15. September im Alter  
von 31 Jahren i. Osten gefallen.

**Wilh. Kettler, Bremen**  
am 3. September im Alter von  
32 Jahren in Rußland gefallen.

**Emil Knander, Hamburg**  
am 23. September im Alter  
von 29 Jahren i. Osten gefallen.

**Julius Köster, Hamburg**  
am 6. November im Alter von  
30 Jahren i. Lazarett gestorben.

**Kid. Krantwurk, Breslau**  
am 15. September im Alter  
von 46 Jahren gefallen.

**St. Kreisner, Wilmersdorf**  
Gasarbeiter, am 13. November  
im Alter von 31 Jahren gefallen.

**Paul Leh, Berlin**  
am 6. November im Alter  
von 31 Jahren gefallen.

**Gustav Mierdorf, Hamburg**  
am 27. November im Alter  
von 32 Jahren gefallen.

**Georg Philipp, Breslau**  
am 21. Oktober im Alter von  
26 Jahren gefallen.

**Nikol. Reichold, Wiesbaden**  
am 15. Sept. im Alter v. 31 Jahr.  
vor Bille für Turbe (Frankr.) gef.

**Joh. Schipmann, Coxhaven**  
am 21. August im Alter von  
27 Jahren gefallen.

**H. Schnakenberg, Coxhaven**  
am 23. Oktober im Alter von  
31 Jahren im Westen gefallen.

**Josef Schmidt, Kempten**  
am 25. Dezember im Alter von  
36 Jahren i. Laz. i. Kempt. gest.

**Paul Taube, Köln**  
Bühnenarbeiter, a. 25. Septbr.  
bei Ripont gefallen.

**H. W. Wenzel, Frankf. a. M.**  
Arbeiter, am 28. August 1914  
im Alter von 32 Jahren gefallen.

**H. Wrede, Hummelsbüttel**  
am 20. August im Alter  
von 32 Jahren in Rußland gef.

**Fritz Wehner, Nürnberg**  
Padebiener, am 15. November  
im Alter von 25 Jahren gefallen.

**Friedrich Weidmann, Fürth**  
Mechaniker, i. Alter v. 20 Jahren  
in Serbien gefallen.

Ghre ihren Andenken!